

Schulen im Würgegriff des Bildungsministers

Die derzeitige Lage im Schulsystem in Sachsen-Anhalt ist gekennzeichnet durch eine erheblich verminderte Unterrichtsversorgung, durch Stundenausfälle, Minderbetreuung und Mehrbelastung der Lehrerinnen und Lehrer.

Anstatt für das nächste Schuljahr durch Einstellungen für das nötige Personal zu sorgen, plant der Bildungsminister in erheblichem Maße, die Zuweisungen von Lehrerwochenstunden für die Schulen zu vermindern. In Kauf genommen werden damit Klassenzusammenlegungen, jahrgangsübergreifender Unterricht, größere Lerngruppen und weniger Förderung des Einzelnen. Der Bildungsminister nennt dies zynisch „bedarfsmindernde Maßnahmen“ und will damit die jetzt schon bestehende katastrophale Unterrichtsversorgung kaschieren. Integration und Inklusion werden faktisch abgeschafft und nur noch in Ausnahmefällen stattfinden.

Für die GEW steht fest, dass durch diese Maßnahmen den Schulen regelrecht die Luft zum Atmen genommen wird, sie werden auf ein pädagogisches Minimum zusammengespart. Die Lehrerinnen und Lehrer werden durch eine enorme Arbeitsverdichtung bis weit über die Grenzen der Belastbarkeit geführt, Langzeiterkrankungen und vorzeitiger Renteneintritt oder Pensionierung werden so forciert.

Die GEW fordert die Landesregierung auf, diese Maßnahmen sofort auszusetzen. Zur kurz- und langfristigen Sicherung der Unterrichtsversorgung soll die Landesregierung unter anderem

- sicherstellen, dass alle Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in den Landesdienst übernommen werden,
- zum neuen Schuljahr mindestens 800 Lehrkräfte neu einstellen,
- zum neuen Schuljahr mindestens 150 Pädagogische Mitarbeiter*innen einstellen,
- freiwillige Arbeitszeitkonten anstatt schlecht bezahlter Mehrarbeit ermöglichen,
- Seiten- und Quereinsteigern eine Perspektive als Lehrkraft und ihnen verbindliche Qualifikationsangebote bieten,
- die lehramtsbezogenen Studienplätze auf mindestens 1000 aufstocken und die Ausbildungskapazitäten in der 2. Phase der Lehrerausbildung erhöhen.

Der jetzt eingeschlagene Weg ist für die GEW absolut inakzeptabel. Sollte die Landesregierung an diesem festhalten, muss sie mit dem entschiedenen Widerstand der GEW rechnen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Schulen in diesem Würgegriff des Bildungsministers regelrecht ersticken.

Landeshauptausschuss der GEW Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 21. April 2017